



KOMMENTAR



Hans Schuppel zum
heutigen Stellenwert des
Jugendgemeinderats

Respekt verdient

In Zeiten zunehmender Transparenz und Bürgerbeteiligung haben Gemeinderat und Stadtverwaltung vor zwei Jahren ein Zeichen gesetzt: Sie richteten nach längerer Vakanz wieder einen Jugendgemeinderat ein, der diesen Namen auch verdient. Keinen Papiertiger, den man, dem Zeitgeist entsprechend, halt so hat, sondern ein Gremium, das auch seine Meinung einbringen und Akzente setzen darf.

Dies war mit einer Änderung von althergebrachten Denkprozessen verbunden. Die Verwaltung musste umdenken: Themen und Vorhaben waren auf ihre Relevanz für Jugendliche zu überprüfen. Der Gemeinderat musste erkennen, dass da ein paar engagierte junge Leute sind, die Dinge schon mal etwas anders sehen und Forderungen haben, auf die die Alten von selbst kaum gekommen wären. Und die Jugendlichen selbst mussten feststellen, dass Kommunalpolitik oft ein Kompromiss ist. Wünsche nicht immer erfüllt werden können und Vorhaben meist nicht von heute auf morgen umzusetzen sind. Die jedoch wichtigste Erfahrung für die Jugendlichen dürfte eine grundsätzliche gewesen sein: Ihre Meinung wurde gehört und ihnen wurde mit Respekt begegnet. Sie mussten sich nicht als geduldet fühlen, sondern als ernstgenommene Vertretung der Jugendlichen, die auch etwas durchsetzen kann. Dem neuen Jugendgemeinderat ist zu wünschen, dass er den eingeschlagenen Weg konsequent fortsetzt.

Jugendgemeinderat: Neues Gremium in Ratssitzung verpflichtet / Dank an ausgeschiedene Mitglieder für engagierte und erfolgreiche Arbeit

Meinung der Jugend findet Beachtung

Von unserem Redaktionsmitglied
Hans Schuppel

Mit einem positiven Fazit der vergangenen zwei Jahre hat Werner Zimmermann die ausgeschiedenen Mitglieder des Jugendgemeinderats verabschiedet und deren Nachfolger ins Amt eingeführt. In der öffentlichen Gemeinderatssitzung am Mittwoch blickte der Bürgermeister auf die schwierigen Anfänge zurück, brachte Grundsätzliches zum Ausdruck und nannte die Erfolge des Gremiums: „Die Hockenheimer Jugend hat eine Stimme!“

Zimmermann blendete zwei Jahre zurück: Nach jahrelanger Vakanz wurde in Hockenheim wieder ein Jugendgemeinderat installiert. 39 Kandidaten bewarben sich um die 12 Sitze. Diese erfreuliche Beteiligung führte der Bürgermeister auch auf die gute Vorbereitung zurück. So seien das Mitwirkungs- und Beteiligungsrecht der Jugendlichen gestärkt worden und die Verwaltung habe viel Unterstützung gegeben. Und wenn die Jugendlichen etwas zu sagen hatten, dann im Gemeinderat, also direkt bei den Entscheidungsträgern.

Arbeit der Stadt bereichert

Die Jugendvertretung habe die Arbeit von Verwaltung und Gemeinderat konstruktiv bereichert, stellte Zimmermann fest. Die Jugendgemeinderäte hätten Engagement bewiesen auch in einer Zeit wichtiger persönlicher Weichenstellungen (Schule und Beruf). Der Bürgermeis-

Der neue Jugendgemeinderat

■ 35 Jugendliche bewarben sich Ende November um die **zwölf Sitze** im **Jugendgemeinderat**. Wahlberechtigt waren alle deutschen und ausländischen Jugendlichen zwischen 14 und 21 Jahren.

■ **Gewählt wurden** in der Reihenfolge ihrer Stimmenzahl auf zwei Jahre: Patrick Stypa, Seda Safak, Adrian Augustin, Evelyn Heer, Celina Grein, Sezgin Ceylan, Agron Lokaj, Maximilian Rabe, Tim Kannewurf, Christian Wunder, Florin Zukaj und Ananja Meksup. *hs*

ter verwies auf 22 offizielle Sitzungen, eine zweitägige Klausurtagung und Arbeitsgruppen außerhalb der JGR-Zusammenkünfte.

Meinung konsequent vertreten

Die Jugendlichen hätten ihre Meinung zu jugendrelevanten Themen wie Streetworker, Sicherheitsdienst, Kino im Pumpwerk oder Fußballtor auf dem Pestalozzi-Schulhof geäußert und sich dabei trotz mancher Kritik nicht von ihrer Meinung abbringen lassen. Darüber hinaus habe der Jugendgemeinderat Netzwerkarbeit betrieben, generationenübergreifend gearbeitet (Lokale Agenda), die städtischen Jugendeinrichtungen unterstützt und beim Stadtmarketing aus Sicht der Jugend mitgewirkt.

Als konkrete Projekte nannte der Bürgermeister unter anderem das



Daumen hoch: der neue Jugendgemeinderat mit Fachbereichsleiter Stefan Kalbfuss unmittelbar nach der Verpflichtung im Rathaus neben dem Bürgersaal. Vordere Reihe von links: Evelyn Heer, Celina Grein und Seda Safak, mittlere Reihe von links: Adrian Augustin, Tim Kannewurf, Sezgin Ceylan, Florin Zukaj und Christian Wunder, hinten von links: Maximilian Rabe, Stefan Kalbfuss und Agron Lokaj. Es fehlen Ananja Meksup und Patrick Stypa. *BILD: LENHARDT*

Newcomerfestival im Pumpwerk und den Basketballplatz an der Lußheimer Straße.

Dafür dankte Werner Zimmermann den ausgeschiedenen Jugendgemeinderäten Luca Jan Schmidtke, Corinna Perner, Michael Gaa, Julia Fritsch, Rebecca Rieder, Aline Bender, Dymal Kernaja, Ilir Kernaja, Carolin Kurz sowie Olga Siegwart und überreichte Präsenten. Gleichzeitig freute er sich über die neuen Gesichter und ist sich sicher, dass auch diese Spuren hinterlassen werden.

Der neue JGR habe den Vorteil, dass er zwei bisherige Mitglieder (Patrick Stypa und Evelyn Heer) in seinen Reihen habe, die bereits Erfahrung gesammelt haben und den einen oder anderen Tipp geben könnten. Zimmermann freut sich auf eine gute Zusammenarbeit und gab den neuen Jugendgemeinderäten neben einem Starterpaket mit JGR-Satzung den Rat, beim Beschreiten von neuen Wegen keine Angst vor Fehlern zu haben – diese könnten bei Bedarf ja korrigiert werden.

Luca Jan Schmidtke, der Vorsitzende des alten Gremiums, blickt nicht ohne Stolz auf das Erreichte. Er danke allen, die die Jugendpolitik unterstützt haben, von der Verwaltung bis zu den Fraktionen, insbesondere in der schwierigen Anfangsphase. Schmidtke: „Wir hatten das Gefühl, mit Respekt behandelt zu werden. Das hat uns motiviert.“ Er stellte fest, der Meinung der Jugendlichen werde Beachtung geschenkt.

► **Kommentar**

Verkaufsoffene Sonntage: Je drei in Innenstadt und Talhaus

Gefeiert wird getrennt

Nach dem Grundsatzbeschluss des Gemeinderates, die verkaufsoffenen Sonntage in der Innenstadt und im Talhaus zukünftig getrennt abzuhalten, können theoretisch sechs Veranstaltungen dieser Art im Jahr stattfinden.

Für die Innenstadt wurden laut der am Mittwoch beschlossenen Satzung folgende Termine festgelegt: Frühlingsfest am zweiten Sonntag nach Ostern (bisher erster Sonntag), um eine Überschneidung mit Speyer zu vermeiden, Handwerker- und Bauernmarkt in den geraden Jahren am zweiten Sonntag im Juni beziehungsweise anlässlich des Parkfestes in den ungeraden Jahren am Sonntag nach Fronleichnam und bei der Kerwe am ersten Sonntag im Oktober.

Überschneidungen vermeiden

Für das Talhaus gelten folgende Vorgaben: Frühlingsfest am ersten Sonntag im Mai, Oktoberfest am letzten Sonntag im September und Familientag am ersten Sonntag im November. Bei Überschneidungen mit Großveranstaltungen oder mit besonders geschützten Feiertagen ist im Einzelfall eine Abweichung von den oben genannten Terminen möglich. Dies trifft bereits im Frühjahr zu: Aufgrund des DTM-Saisonauftakts auf dem Hockenheimer Ring am 5. Mai wird das Frühlingsfest im Talhaus auf den 28. April vorverlegt.

Die evangelische Kirchengemeinde bedauerte die faktische Verdoppelung der verkaufsoffenen Sonntage und wünschte sich weniger Veranstaltungen dieser Art, nämlich jeweils zwei. *hs*

Verkehr: Gemeinderat verweist Durchfahrtsverbot für Brummis über Obere und Untere Hauptstraße ins Talhaus zurück in den Ausschuss

Rote Karte für Lkw kontrovers diskutiert

Nach eingehender Diskussion verweist der Gemeinderat den Antrag der Freien Wähler auf ein Durchfahrtsverbot für Lkw vom Med-Center über die Obere und Untere Hauptstraße ins Talhaus wieder in den Ausschuss „Technik, Umwelt und Verkehr“.

Wesentliche Entlastung

Die FWV wolle mit dem Durchfahrtsverbot eine wesentliche Entlastung für die Anwohner und den innerstädtischen Verkehr erreichen, betonte Stefan Weber. Der FWV-Stadtrat verwies auf die guten Möglichkeiten, Hockenheim zu umfahren, aber auch darauf, dass dies oft nicht praktiziert werde. Da würde ein Verbot schon mehr bewirken.

Vorbehaltlose Zustimmung kam von der CDU. Fraktionsvorsitzender Fritz Rösch: „Es fahren einfach zu viele Fahrzeuge durch die Innenstadt.“ Zu deren Entlastung seien verschiedene Umgehungsstraßen wie Südring, Hubäckerring oder Nordumgehung gebaut worden. Auf diesen sei der Weg ins Talhaus nur unwesentlich länger als durch die Innenstadt. Diese Straßen seien staufrei zu befahren und dennoch würden sie kaum wahrgenommen. Mit einem Durchfahrtsverbot würde laut Rösch der richtige Weg eingeschlagen, denn jede Möglichkeit sollte genutzt werden, um Abgase in der Innenstadt zu vermeiden, Lärm zu reduzieren und dadurch den Wohnwert zu erhöhen.

Keinen großen Gefallen fand der FWV-Antrag bei der SPD. Ingrid Trümbach-Zofka begründete die ablehnende Haltung der Sozialdemokraten vor allem damit, dass Verkehr nur verlagert werde und dann wieder der Anlieger anderer Straße unter den Lastkraftwagen leiden würden. Wer in die Stadt hineinfahre, habe auch einen Grund dazu, meinte die Sozialdemokratin und stellte die Frage, wer den Lkw-Verkehr bei einem Durchfahrtsverbot denn kontrollieren solle?

Kontrollen kaum möglich

Die Aussage der SPD deckt sich übrigens in weiten Teilen mit jener der Polizeidirektion Heidelberg. Diese lehnte in ihrer Stellungnahme ein

Durchfahrtsverbot ab. Die ganze Sache, so Ingrid Trümbach-Zofka, sei nicht ausgegoren und müsse nochmals überdacht werden.

Zu Kontrollen bezog Doris Trautmann Stellung. Die Leiterin des Ordnungsamtes teilte mit, dass die Polizei zum Ausdruck gebracht habe, dass sie zu solchen Kontrollen aus personellen Gründen und dringlicher Aufgabenstellungen nur sehr sporadisch in der Lage sein werde. Das Ordnungsamt selbst könne überhaupt nicht kontrollieren. Der Gemeindevollzugsdienst habe nämlich nicht das Recht, Fahrzeuge anzuhalten.

Für Heinz Jahnke (FDP) macht der Antrag, so wie er formuliert ist, keinen Sinn: „Wer drin ist, muss weiterfahren.“ Der Freidemokrat regte an, falls das Durchfahrtsverbot kommt, das entsprechende Verkehrsschild schon an der Umgehungsstraße anzubringen, damit die Lkw weiterfahren und nicht nach Hockenheim abbiegen.

Nochmals qualifiziert beraten

Im Falle eines Durchfahrtsverbots hielt auch Adolf Hürde eine qualifizierte Beschilderung für notwendig. Sinnvoll wäre es aber, über die ganze Angelegenheit nochmals zu reden, meinte der Fraktionsvorsitzende der Grünen. Er hatte dabei auch die geplante Umgestaltung der Oberen und Unteren Hauptstraße im Blick. Diese werde Verbesserungen bringen und den Lkw-Verkehr erschweren.

Letztlich verständigte sich der Gemeinderat mehrheitlich darauf, den Antrag der Freien Wähler nicht zur Entscheidung zu stellen, sondern nochmals im Ausschuss zu beraten. *hs*

Flächennutzungsplan: Rat berät Fortschreibung

Keine neuen Wohngebiete

Die Fortschreibung des 1985 aufgestellten und 2001 geänderten Flächennutzungsplans für die Verwaltungsgemeinschaft Hockenheim soll am 20. Februar in der Sitzung des Gemeinsamen Ausschusses verabschiedet werden. Im Vorfeld dieser Zusammenkunft musste die jeweilige Gemeinde ihre Hausaufgaben machen und eine Beschlussempfehlung für ihre Mitglieder im Ausschuss treffen.

Innen- vor Außenentwicklung

In Hockenheim wurden die Änderungen und Neuausweisungen im Technischen Ausschuss vorberaten und am Mittwoch im Gemeinderat behandelt. Die 2007 beschlossene Fortschreibung sei, so Christian Engel vom Stadtbauamt, vor dem Hintergrund grundlegend geänderter Rahmenbedingungen auch hinsichtlich einer nachhaltigen Entwicklung zu sehen.

Die Flächennutzungsplanung gibt die Leitlinie der städtebaulichen Entwicklung bis 2020 vor. Für Hockenheim gilt der Leitgedanke: Innenentwicklung vor Außenentwicklung. So sind keine neuen Wohngebiete mehr ausgewiesen. Es wurden 70 einzelne Änderungen vorgenommen. Markant sind die Erweiterungsflächen von LTG und Weidenhammer sowie eine Gewerbefläche am Ring.

Betont wurde im Gemeinderat auch die Planungshoheit der Gemeinden, in die man nicht eingreifen wolle. Man will ihnen nichts vorschreiben. Demgegenüber wurde eine gemeinsame Positionierung und Außendarstellung vermisst. *hs*



Nicht gern gesehen, wenn sie die Innenstadt nur als Durchgang ins Talhaus benutzen: Der Lkw-Verkehr im Zentrum soll reduziert werden. Ein Durchfahrtsverbot vom Med-Center über Obere und Untere Hauptstraße ist allerdings umstritten. *BILD: LENHARDT*